

Schnellverfahren schnellstens abschaffen – Verfahren in NRW verantwortlich gestalten

Appell des Asylpolitischen Forums 2012

Das Asylpolitische Forum 2012 fordert Schnellverfahren bei serbischen und mazedonischen Asylantragsteller/innen zu beenden und alle Schutzgesuche gleichberechtigt zu prüfen. Es tritt ein für ein geregeltes, humanitär ausgestaltetes Aufnahmeverfahren in Nordrhein-Westfalen.

Gegen Schnellverfahren

Die Zahl der Asylantragsteller/innen aus Syrien, Afghanistan, Irak, Serbien und Mazedonien ist ansteigend. Politiker mehrerer Parteien forderten, die Asylverfahren von Schutzsuchenden aus Serbien und Mazedonien zu beschleunigen, um die Betroffenen zügig abschieben zu können. Sie warfen den Antragstellern/innen aus diesen Ländern pauschal Asylmissbrauch vor – eine Einschätzung, die das Asylpolitische Forum 2012 wegen der umfassenden Diskriminierung von und der menschenunwürdigen Lebensverhältnisse für Roma in diesen Ländern aufs Schärfste zurückweist.

Bundesinnenminister Friedrich hat das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angewiesen, Asylgesuche serbischer und mazedonischer Antragsteller/innen prioritär und in einem Schnellverfahren, das heißt in sehr kurzer Zeit, zu bearbeiten. Trotz Diskriminierung und menschenunwürdiger Lebensbedingungen hat er sie damit faktisch zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Die Betroffenen können dabei sicher nicht von einem „geregelten Verfahren“ ausgehen, in dem gewährleistet wird, dass ihr Schutzgesuch gründlich und unvoreingenommen geprüft wird.

Das Asylpolitische Forum 2012 fordert alle beim BAMF eingehenden Asylanträge einschließlich der Folgeanträge mit der gleichen Priorität und Gründlichkeit zu prüfen und zu entscheiden. Die Einheit der Familie ist sicherzustellen. Es ist nicht hinnehmbar, dass bestimmten Gruppen von vornherein die Schutzbedürftigkeit abgesprochen wird und ihre Anträge im Schnellverfahren abgearbeitet werden, während andere Antragsteller/innen monatelang auf ihre Anhörung warten und möglicherweise ihrer sozialen Rechte beraubt werden. Allen Antragstellern/innen muss ein gründliches und faires Asylverfahren garantiert werden. Dafür ist es dringend erforderlich, dass das BAMF zusätzliches und qualifiziertes Personal erhält, das für die Bearbeitung von Asylanträgen geeignet ist.

Verantwortliche Verfahrensgestaltung in NRW

Die im Vergleich zu 2011 steigenden Flüchtlingszahlen trafen das Land weitgehend unvorbereitet. Die in den letzten Jahren reduzierten Kapazitäten der Unterbringung in den Landeseinrichtungen und bei der personellen Ausstattung der Bezirksregierung Arnsberg und der Zentralen Ausländerbehörden werden den Anforderungen an die momentane Lage nicht hinreichend gerecht. Aufgrund dessen ist nun schon seit Monaten ein geregeltes Aufnahmeverfahren nicht mehr sichergestellt. Die Leidtragenden sind die Flüchtlinge, die oft ohne angemessene Beachtung humanitärer Gesichtspunkte ins Asylverfahren geschickt bzw. auf Kommunen verteilt werden. Inzwischen hat das Land die Notwendigkeit zu Handeln erkannt, stößt bei der Umsetzung der Pläne zur Verbesserung der Aufnahmekapazitäten jedoch leider bei vielen Kommunen auf Widerstand.

Das Asylpolitische Forum 2012 unterstützt den Beschluss „Zur Krise in der Durchführung von Asylverfahren, der Erstaufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen“ der Synode der evangelischen Kirche von Westfalen von 2012 und fordert, dass das Land Nordrhein-Westfalen im Einvernehmen mit den Kommunen die Kapazitäten der Erstaufnahme schnell wieder so ausgestaltet, dass grundlegende Standards sichergestellt werden können.

Für den Veranstalterkreis (Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Amnesty International, Pro Asyl, Flüchtlingsrat NRW, Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche)

Helge Hohmann

Beauftragter für Zuwanderungsarbeit der Ev. Kirche von Westfalen